

Attac:

"Es ist unrealistisch, an einem Europa festzuhalten, wie es ist"

FR, 22. März 2007

Frankfurter Rundschau: Ihre „Zehn Prinzipien“ enthalten so viele Änderungswünsche, dass Sie sie auch mit „Europa völlig anders machen“ überschreiben könnten. Welche Ideen meinen Sie wirklich ernst?

Sven Giegold: Wir meinen die selbstverständlich alle ernst. Schauen Sie sich doch mal die Umfragen an: Die Leute sind verunsichert. Mittlerweile meinen die meisten Deutschen, dass die EU-Mitgliedschaft mehr Nach- als Vorteile bringt. Das Minimum ist, dass auf diese Krise nicht einfach mit Regierungsklüngel reagiert werden darf, sondern die Grundlagen Europas von einer direkt gewählten Versammlung geschaffen werden. Außerdem müssen die sozialen Defizite, das Steuer- und Sozialdumping und der Wettbewerb nach unten innerhalb der EU beendet werden. Wenn das Projekt EU also nicht auf demokratische Grundlagen gestellt wird, dann wird es nichts werden.

Halten Sie ihre doch recht radikalen Vorstellungen für durchsetzbar und realistisch?

Häufig wird über soziale Bewegungen gesagt ‚Das sind Spinner‘. Jetzt ist das anders, das soziale und vor allem demokratische Defizit Globalisierung wird kaum noch bestritten. Wenn es also so weiter geht, dass in Europa Ungleichheit, unsichere Beschäftigungsverhältnisse und Armut zunehmen, dann wird es die Unterstützung verlieren. Alternativen zu fordern, ohne dabei generell nein zur EU zu sagen, ist also sehr realistisch. Unrealistisch ist, an einem Europa festzuhalten wie es ist.

Das will ja auch keiner. Die Regierungen der Mitgliedstaaten haben ja vor, mit der Verfassung gerade auch demokratische Elemente stärken.

In der Tat gibt es im Verfassungsvertrag einige demokratische Verbesserungen. Gleichzeitig wird das Maß an gelebter Demokratie durch europäische Freihandelszonen mit schwachen sozialen und steuerlichen Regulierungen überall in Europa immer kleiner. Eine einzelne Regierung kann sich kaum mehr entscheiden, die Ungleichheit zwischen Arm und Reich in Grenzen zu halten und sichere, gute Arbeit für alle zu schaffen. Konsequente progressive Politik ist auf nationaler Ebene praktisch nicht mehr möglich, und auf europäischer Ebene passiert zu wenig, weil . Während also der Markt von der Kommission europaweit durchgesetzt und geöffnet wird, sind die sozialen Regelungen im Abwärtstrend in den Nationalstaaten gefangen. Dieses Problem wird auch durch den Verfassungsvertrag nicht gelöst.

Sie kritisieren, den Verfassungsvertrag als neoliberal. Gleichzeitig plädieren Sie dafür, sich nicht auf eine Wirtschaftsordnung festzulegen. Haben Sie keine Ideen?

Natürlich haben wir klare Vorstellungen, wie ein anderes Modell aussehen könnte. Aber die gehören nicht in einen Verfassungsvertrag. Auch das Grundgesetz macht zum Wirtschaftsmodell keine Vorschriften. Der Fehler der EU-Verfassung ist, dass sie ganz viele konkrete Festschreibungen macht, die dem Bürgerwillen nicht unbedingt entsprechen. Sie sagt zum Beispiel ‚freier Kapitalverkehr‘, sie sagt ‚Produktivitätssteigerungen in der Landwirtschaft‘. Wir sagen dagegen: Wie ein Wirtschaftsmodell aussehen soll, muss immer wieder neu demokratisch ausgehandelt werden können. Dann wird sich ein Modell von

Ökonomie durchsetzen, in dem Kapital und Unternehmen unter starker sozialer und ökologischer Kontrolle sind.

Eine abschließende Frage zur Feier des Jubiläums am Wochenende: Was ist an der EU gut so wie sie ist?

An der EU ist gut, dass sie wesentlich zum Frieden und zur Völkerverständigung in Europa beigetragen hat. Gleichzeitig gefährdet sie diesen Frieden dadurch, indem sie ökonomische Ungleichheit und Unsicherheit fördert.

Interview: Johanna Wolff